

# Für Menschenrechte, Vielfalt und Respekt

Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht des LSVD 2018/2019

## VORWORT

Mit diesem Bericht legt der Bundesvorstand Rechenschaft über die Aktivitäten seit dem letzten Verbandstag ab. Auch nach der Eheöffnung im Jahr 2017 sind längst nicht alle Fragen gelöst. Offen sind in direkter Folge der Eheöffnung z.B. Fragen des Abstammungsrechts. In anderen Politikfeldern stehen wir und unsere Verbündeten noch mitten drin in den Bemühungen, die Situation für LSBTI weiter zu verbessern und Rückschritte abzuwehren.

Ein historischer Wendepunkt im Berichtszeitraum war die im Dezember 2018 vom Deutschen Bundestag in beschlossene Änderung im Personenstandsrecht. Damit wurde das entsprechende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes umgesetzt, auch wenn die Bundesregierung sich bemühte, das möglichst restriktiv zu machen. Auch hier sind also noch lange nicht alle Probleme angemessen gelöst. Ein weiterer historischer Moment war, dass auf unsere Einladung hin mit Frank-Walter Steinmeier nach 69 Jahren Bundesrepublik erstmals ein Bundespräsident an einer LSBTI-Veranstaltung teilnahm und klare Worte fand.

Der LSVD hat nun in Zeiten zu agieren, in denen durch den Rechtsruck, dessen deutlichstes Zeichen der Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag ist, auch Homophobie und Transfeindlichkeit erneut ansteigen. Die im Bundestag vertretenen Parteien begegnen dieser Entwicklung höchst unterschiedlich: Während die einen sich in ihren menschenrechtsbasierten Positionen nicht beirren lassen, erwecken andere den Eindruck, dass sie dieser Entwicklung hinterherlaufen und so offensichtlich hoffen, Wähler\*innen von der AfD und anderen rechtspopulistischen Parteien zurückzugewinnen. Als Beispiel sei hier der im Bericht näher beschriebene Kampf gegen die Erweiterung der Gruppe der „sicheren Herkunftsstaaten“ benannt. Für uns heißt diese Lage, besonders intensiv den Schulterschluss mit anderen menschenrechtsorientierten Kräften in der Gesellschaft zu suchen, um gemeinsam für Demokratie, Freiheit und Respekt einzutreten.

Wir danken an dieser Stelle allen, die zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben – denen, die sich ehrenamtlich im LSVD engagieren, aber auch und in besonderer Weise unseren Mitarbeitenden in den Geschäftsstellen und in den Projekten. Ohne diese gemeinsame engagierte Arbeit wäre das meiste von dem, was beschrieben ist, nicht oder nicht in diesem Umfang möglich gewesen.

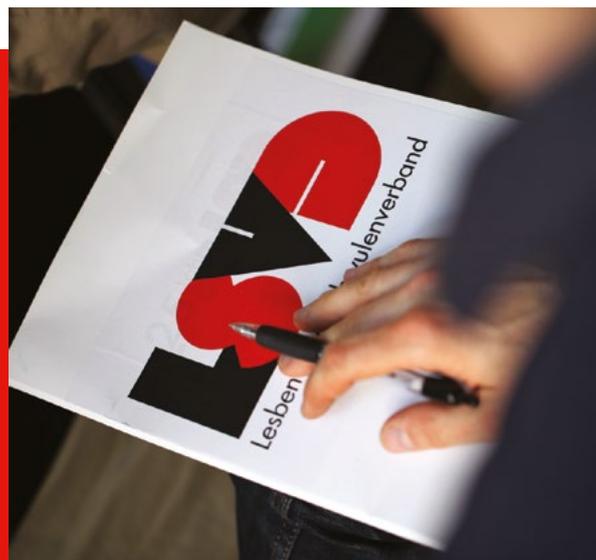


Foto: Caro Kadatz/LSVD

# 1. Aktivitäten in der nationalen Politik



Foto: LSVD/ Stefan Wiernz (Möln)

## 1.1 FÜR EIN GERECHTES RECHT

### ABSTAMMUNGSRECHT

Im vergangenen Jahr hat der LSVD weiter durch zahlreiche Gespräche mit Fachpolitiker\*innen auf Landes- und Bundesebene und mit kooperierenden Familien- und Wohlfahrtsverbänden die Dringlichkeit einer Reform des Abstammungsrechts thematisiert. Insbesondere in den Gesprächen mit Bundesjustizministerin Katarina Barley und Bundeskanzlerin Angela Merkel wurden unsere umfassenden Forderungen zu einem gesicherten rechtlichen Rahmen für die verschiedenen Formen von Regenbogenfamilien zum Ausdruck gebracht.

Nun liegt endlich ein Diskussionsentwurf des Bundesjustizministeriums zur Reform des Abstammungsrechts vor, der jedoch in der Sache nicht weit genug geht und in der derzeitigen Form nur für einen Teil von Regenbogenfamilien Rechtssicherheit bringen wird.

In der Fachöffentlichkeit haben wir das Thema Regenbogenfamilien im Rahmen fruchtbarer neuer Kooperationsprojekte weiter verankert: eine sehr gut besuchte gemeinsame Fachtagung mit dem Zukunftsforum Familie e.V. im Juni 2018 zum Thema Familienvielfalt hat den LSVD als Akteur im Bereich der Familienpolitik einem größeren Kreis von potenziellen Kooperationspartner\*innen bekannt gemacht und in der Folge Kontakte für zahlreiche weitere Veranstaltungen, Fortbildungen und Vorträge zum Thema Regenbogenfamilien gebracht. Auch die Mitarbeit des LSVD durch Gabriela Lünsmann im Arbeitskreis Familienrecht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) als einflussreichem bundesweitem Träger der Wohlfahrtspflege ermöglichte es dem LSVD, für das Thema Regenbogen zu sensibilisieren. Henny Engels arbeitet im AK Frauen des DPWV mit.

## DISKRIMINIERUNGSFREIER ZUGANG ZU ASSISTIERTER REPRODUKTION

Im Rahmen der Regenbogenfamilienpolitik hat den LSVD auch im vergangenen Jahr die Frage des diskriminierungsfreien Zugangs zu assistierter Reproduktion weiter verfolgt. Unsere Forderung, dass für das Krankenversicherungsrecht und das ärztliche Berufsrecht durch Bundesgesetz eine Klarstellung dahingehend erfolgt, dass die assistierte Reproduktion allen Menschen unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung bzw. geschlechtlicher Identität offensteht, haben wir weiter in Gesprächen und Stellungnahmen Nachdruck verliehen.

Das im Juli 2018 in Kraft getretene Spenderregistergesetz bringt hier nur in einem kleinen Bereich neue Rechtssicherheit für Regenbogenfamilien, die sich für die Durchführung einer assistierten Insemination im Rahmen ärztlicher Behandlung entscheiden; hier gibt das Gesetz den Beteiligten Rechtssicherheit hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Beteiligten. Dies gilt aber weiterhin nicht für alle diejenigen, die zur Familiengründung aus Überzeugung oder aus ökonomischen Gründen eine private Samenspende verwenden wollen.

## GESPRÄCH MIT DER BUNDESMINISTERIN FÜR JUSTIZ UND VERBRAUCHERSCHUTZ

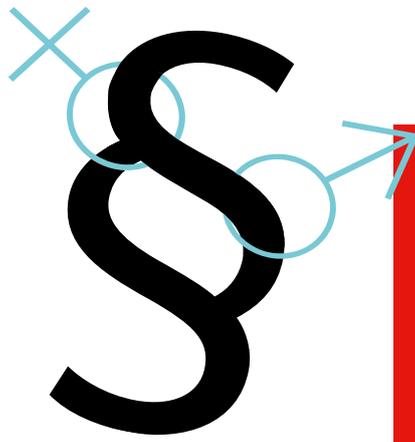
Die Bundesvorstandsmitglieder Axel Hochrein und Gabriela Lünsmann konnten am 23.10.2018 in einem einstündigen Gespräch mit Bundesjustizministerin Katarina Barley und den Leiter\*innen ihrer Abteilungen Bürgerliches Recht und Verfassungsrecht die aus Sicht des LSVD aktuell drängendsten rechtspolitischen Fragen diskutieren. Dabei hat sich der LSVD ebenso für eine zügige Reform des Abstammungsrechts zugunsten von Regenbogenfamilien stark gemacht wie für die lange überfällige Reform des Transsexuellengesetzes (TSG), deren Notwendigkeit durch die Neuregelung zur Dritten Option für den Geschlechtereintrag im Personenstandsrecht Ende 2018 ein weiteres Mal überdeutlich geworden ist. Ein weiteres Thema des Gesprächs war die Forderung nach einer Ergänzung des Artikels 3 Grundgesetz um ein Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität.



## ARTIKEL 3

Im Hinblick auf den 70sten Geburtstag des Grundgesetzes im Mai 2019 plant der Bundesvorstand die Wiederaufnahme der LSVD-Kampagne „3+“.

Bei einer Veranstaltung des LSVD Sachsen-Anhalt im August 2018 in Magdeburg diskutierte Bundesvorstand Günter Dworek u.a. mit der dortigen CDU-Ministerin für Justiz und Gleichstellung Anne-Marie Keding über eine entsprechende Ergänzung der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt. Moderiert wurde die Veranstaltung von Bundesvorstand Henny Engels. Im Rahmen des Gesprächs nannte die Ministerin erstmals einen Zeitplan für die Ergänzung der Landesverfassung um das Merkmal „sexuelle Identität“ beim Schutz vor Diskriminierung. Danach soll der parlamentarische Prozess zur Ergänzung der Landesverfassung im ersten Halbjahr 2019 stattfinden und abgeschlossen werden. Sachsen-Anhalt wäre damit das sechste Bundesland, das sich in seiner Landesverfassung gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von LSBTI ausspricht.



## NACH UMWANDLUNG EINER LEBENSPARTNERSCHAFT IN EINE EHE

Lebenspartner\*innen, die ihre Partnerschaft in eine Ehe umwandeln, müssen nach Art. 3 Abs. 2 des Eheöffnungsgesetzes so behandelt werden, als ob sie am Tag der Begründung der Lebenspartnerschaft geheiratet hätten. Der Gesetzgeber wollte durch diese Regelung die letzten Unterschiede zwischen Ehegatt\*innen und Lebenspartner\*innen rückwirkend beseitigen. Zu diesem Zweck sollten bestimmte sozial- und steuerrechtliche Entscheidungen neu getroffen werden.

Die Steuerverwaltung befürchtete hohe Rückforderungen und behauptete deshalb, eine rückwirkende Aufhebung schon bestandskräftiger Bescheide sei vom Gesetzgeber nicht gewollt. Sie hat deshalb die Finanzämter angewiesen, alle Anträge auf rückwirkende Neuveranlagung abzuweisen. Dagegen haben wir mit Briefen und in Gesprächen immer wieder protestiert. Das hatte schließlich Erfolg.

Der Bundestag hat am 08.11.2018 mit dem Jahressteuergesetz beschlossen, dass gleichgeschlechtliche Ehegatt\*innen rückwirkend im Einkommensteuerrecht gleichgestellt werden, wenn sie ihre Lebenspartnerschaft bis zum 31.12.2019 in eine Ehe umwandeln und bis zum 31.12.2020 die Aufhebung der Steuerbescheide beantragen, die nach der Gleichstellung im Jahre 2013 nicht mehr geändert werden konnten, weil sie bereits bestandskräftig waren oder weil die Festsetzungsfrist abgelaufen war. Die klare Regelung ist zugleich eine gesetzliche Interpretation des Art. 3 Abs. 2 EheöffnungsgG, die auch für die rückwirkende Gleichstellung bei der Grunderwerbsteuer und beim Familienzuschlag Klarheit gebracht hat.

## REFORM DES PERSONENSTANDSRECHTS

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Oktober 2017 verkündet hat, dass der Gesetzgeber im Personenstandsrecht (PStG) neben männlich und weiblich einen weiteren positiven Geschlechtseintrag zulassen muss, hat der LSVD 2018 den Gesetzgebungsprozess zur Umsetzung des Urteils intensiv mit Stellungnahmen, Pressearbeit und Gesprächen mit Politiker\*innen begleitet. Im Dezember 2018 wurde das „Gesetz zur Änderung der im Geburtenregister einzutragenden Angaben“ vom Bundestag verabschiedet und ist seit Jahresbeginn in Kraft.

Zusammen mit anderen Organisationen ist es dabei gelungen, dass die Bezeichnung für die neu eingeführte Geschlechtskategorie „divers“ lautet und nicht „weiteres“, wie ursprünglich vom Innenministerium geplant. Außerdem müssen Eltern ihr intergeschlechtliches Kind nicht als „divers“ eintragen lassen bzw. können den Geschlechtseintrag offenlassen. Sie können ihr Kind auch als weiblich oder männlich eintragen lassen, um die Intersexualität bzw. Intergeschlechtlichkeit ihres Kindes nicht zu offenbaren, was einem Zwangsoouting gleichgekommen wäre. Auch das war im Entwurf der Bundesregierung noch nicht vorgesehen. Zudem hatten wir kein Verständnis dafür, dass das Verbot von Zwangsoperationen und -behandlungen an intergeschlechtlichen Kindern nach wie vor aussteht.

Durch das Gesetz ist ein neuer § 45b in das PStG eingefügt worden. Danach können Menschen mit „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ beim Standesamt beantragen, dass ihr rechtliches Geschlecht und ihre Vornamen geändert werden. Sie müssen dafür eine ärztliche Bescheinigung vorlegen, aus der hervorgeht, dass bei ihnen eine „Variante der Geschlechtsentwicklung“ vorliegt.

Der Begriff „Variante der Geschlechtsentwicklung“ hat keine feststehende Bedeutung. Man kann ihn deshalb mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verfassungskonform so auslegen, dass er auch transgeschlechtliche Menschen umfasst.

## 1.2 FÜR MENSCHENWÜRDE – GEGEN HASS

### PROJEKT „QUEER REFUGEES DEUTSCHLAND“

Seit Herbst 2017 beraten, unterstützen, vernetzen und informieren die beiden Mitarbeitenden Lilith Raza und Patrick Dörr im LSVD-Projekt „Queer Refugees Deutschland“ LSBTI-Personen, die nach Deutschland geflüchtet sind oder sich auf der Flucht befinden.

Im November 2018 informierte Patrick Dörr zusammen mit Henny Engels und Klaus Jetz die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Widmann-Mauz (CDU), aus deren Mitteln das Projekt gefördert wird, über den Stand des Projekts und die Lage von LSBTI-Geflüchteten im Asylverfahren in Deutschland.

Das Projekt wird über den ursprünglichen Bewilligungszeitraum bis Ende 2018 hinaus nun bis Ende 2020 gefördert und kann somit seine Arbeit nachhaltig fortsetzen. Überdies wurde das Projekt um den Bereich „Integration“ erweitert, also um das Ziel der stärkeren Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Integrationsmaßnahmen.



Patrick Dörr und Lilith Raza vom Projekt „Queer Refugees Deutschland“

Foto: Carro Katiatz / LSVD



Poster des Projekts „Queer Refugees Deutschland“

### DAUERBRENNER „SICHERE HERKUNFTSSTAATEN“

Auch in den vergangenen zwölf Monaten musste der LSVD wieder viel Arbeit darin investieren, den aus unserer Sicht verfassungswidrigen Regierungsplänen Widerstand zu leisten, die Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien für „sicher“ zu erklären.

Im Januar 2019 hat der LSVD einen Appell an die demokratischen Parteien im Bundestag gerichtet. Im Bundestag stimmten am 18. Januar 2019 CSU/CDU, die große Mehrheit der SPD-Abgeordneten, AfD und FDP dafür, Staaten für sicher zu erklären, obwohl dort Menschen wegen ihrer Homosexualität (und andere den Regierenden dort missliebige Gruppen) strafrechtlich verfolgt werden. Linke und Grüne stimmten geschlossen dagegen. Einige SPD-Abgeordnete stimmten ebenfalls dagegen oder enthielten sich.

Danach scheiterte das Vorhaben aber vorläufig am Bundesrat. Der Gesetzentwurf zu den sicheren Herkunftsstaaten wurde dort am 15.02.2019 von der Tagesordnung genommen, als sich abzeichnete, dass es in der Länderkammer keine Mehrheit für den Gesetzentwurf geben würde. Der LSVD hat danach den Grünen und Linken in den Landesregierungen gedankt, die diesem verfassungswidrigen Gesetzesvorhaben die Zustimmung verweigert haben.

Der LSVD appelliert an die anderen Länder, die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen, die Absetzung im Bundesrat zum Anlass zu nehmen, endlich ihre Haltung zu überdenken. Die Einstufung von Verfolgerländern als „sicher“ verharmlost die Kriminalisierung von Homosexualität in Algerien, Marokko und Tunesien. Sie wäre ein schwerer Rückschlag für den Menschenrechtskampf vor Ort.



Grafik: LSVD - bkeble.com/Tobias Wieland

## PROJEKT „MITEINANDER STÄRKEN. RECHTSPOPULISMUS ENTGEGENWIRKEN“

Der LSVD verfolgt mit dem Projekt „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“ das Ziel, dem Rechtspopulismus Paroli zu bieten und wirksame Strategien und Bündnisse zu entwickeln. Die beiden Projektmitarbeiter Jürgen Rausch und René Mertens arbeiten seit Sommer 2017 an der Durchführung des Projektes, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wird.

Zum Auftakt des Projekts fanden in Leipzig, Mannheim, Dortmund und Magdeburg vier Vernetzungstreffen statt. Darauf aufbauend wurden drei Regionalkonferenzen in Leipzig (Oktober 2018), München (November 2018) und Düsseldorf (Februar 2019) durchgeführt. Die vierte Konferenz fand am 2. April in Magdeburg statt. Im Rahmen der Konferenzen wurden die ersten Ergebnisse der Vernetzungstreffen besprochen und weiterentwickelt. Die Ergebnisse der Treffen und Konferenzen werden jeweils als gedruckte Broschüre veröffentlicht und stehen auf der Webseite des Projekts als PDF jederzeit zum Download zur Verfügung [www.miteinanderstaerken.de/rechtspopulismus-entgegenwirken/materialien](http://www.miteinanderstaerken.de/rechtspopulismus-entgegenwirken/materialien).

Neben den regionalen Veranstaltungen wurden bundesweite Regenbogenparlamente durchgeführt. Das zweite Forum dieser Art fand am 22. September 2018 in der VHS Köln statt. Dabei stand im Fokus, wie die Regenbogenkompetenz in der Senior\*innenarbeit, in der Bildung, in Religionsgemeinschaften, in den Medien, in der Arbeitswelt und in der internationalen Menschenrechtspolitik erhöht werden kann. Das dritte Regenbogenparlament wird am 07. September 2019 in Hamburg stattfinden.



Foto: LSVD

*René Mertens und Jürgen Rausch vom Projekt „Miteinander Stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken.“*

## **GESPRÄCH MIT DER BUNDESMINISTERIN FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND**

Am 23. Februar trafen sich 19 Vertreter\*innen aus 10 LSBTI-Verbänden mit Bundesministerin Dr. Franziska Giffey. Helmut Metzner und Henny Engels vertraten den LSVD. Sie stellten einige thematische Schwerpunkte des LSVD vor, so z.B. die Aktivitäten im Projekt „Miteinander stärken – Rechtspopulismus entgegenwirken“, im Bereich der Regenbogenfamilien, Arbeit mit und für LSBTI-Geflüchtete(n) und der Befassung mit der Situation von Lesben.

## **AKTIVITÄTEN IM BEREICH SPORT**

### **Männerfußball WM2018 in Russland**

Der LSVD forderte, dass die FIFA bei der Fußball-WM in Russland deutlich macht, dass die von ihr verabschiedeten Richtlinien für Menschenrechte nicht nur Augenwischerei und heiße Luft bleiben. Sie sollte unmissverständlich klar machen, dass sie hinter allen Fans und Spielern steht, die sich während der WM für die Menschenrechte stark machen und etwa mit einer Regenbogenflagge oder ähnlichen Statements in Fußballstadien Solidarität mit russischen LSBTI zeigen.

### **Vernetzung und Austausch**

Im September war die Präsidentin des Antidiskriminierungsrates von Mexiko-Stadt, Jaqueline L'Hoist Tapia in Berlin zum Austausch mit dem LSVD zu Gast. Geplant ist eine Konferenz für 2020 in Mexiko-City mit Vertreter\*innen des mexikanischen Fußballs und aus Deutschland. Anlass ist die Männerfußball WM 2026 in Mexiko, Kanada und den USA.

Die Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) ist in der Fanarbeit im Fußball eine der wichtigsten Institutionen. Im Rahmen der 25-Jahr-Feier nahm der LSVD Kontakt auf und hat sich auf eine Zusammenarbeit verständigt.

Am 07.11.2018 trafen sich 26 Vertreter\*innen der Regional- und Landesverbände des DFB in Frankfurt am Main zum Erfahrungsaustausch zum Thema „Sexuelle Vielfalt und Diskriminierung im Fußball“ - Thomas Hitzlsperger und der LSVD gaben den Input.

In mehreren Dialogforen hatte der DFB Vertreter\*innen von Sportverbänden und -vereinen, Nichtregierungsorganisationen, Kommunen, Bundesministerien, Unternehmen, der Kirche und anderen religiösen Gemeinschaften, gemeinnützigen Stiftungen, der Wissenschaft und Wirtschaft in Berlin zusammengebracht.

Ebenfalls gab es zwei Treffen mit Britta Dassler, sportpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion.

## 1.3 FÜR EINE ANERKENNUNG DER REALITÄT



Zuwenden und annehmen schaffen bezaubernde Augenblicke.

Beratungsstellen helfen, innezuhalten und die Wunder im Alltäglichen zu sehen.



### BERATUNGSKOMPETENZ FÜR REGENBOGENFAMILIEN

Seit Sommer 2015 setzt sich der LSVD mit dem Modellprojekt „Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien“ dafür ein, dass Regenbogenfamilien in Zeiten familiärer Herausforderungen und Belastungen leichter eine fachkundige Begleitung und Unterstützung in wohnortnahen Beratungsstellen finden können ([www.regenbogenkompetenz.de](http://www.regenbogenkompetenz.de)).

Hierfür hat das Projektteam, bestehend aus Elke Jansen und Kornelia Jansen, ein Trainingsprogramm entwickelt, das bis zum Ende der Förderperiode bundesweit in über 50 Schulungen mit annähernd 1.000 Fachkräften erprobt und optimiert werden konnte.

Dieses Programm wurde im Sommer 2018 in Form eines Trainingsmanuals einer breiteren Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht:

Im Herbst 2018 wurde die Förderperiode des Projektes abgeschlossen. Die Angebote des Projektes können auf Honorarbasis weiterhin genutzt werden.



### LESBENVERNETZUNGSTREFFEN

Im Rahmen des vom Bundesprogramm Demokratie leben geförderten Projekts „Miteinander stärken“ lud der Bundesvorstand am 24./25. November 2018 zu einem Lesbenvernetzungstreffen in Hannover ein. 41 Vertreter\*innen aus unterschiedlichen Organisationen, Netzwerken und Verbänden tauschten sich über Erfahrungen in verschiedenen Bereichen aus. Das ausführliche Protokoll über das Treffen findet sich unter <https://tinyurl.com/y2ssjcy>

### GEDENKEN AN DIE IM NATIONALSOZIALISMUS VERFOLGTEN LESBEN

Die Auseinandersetzungen um eine angemessene Form des Gedenkens an die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Lesben hielten im Berichtszeitraum unvermindert an. Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten hat angesichts divergierender Vorschläge trotz verschiedener Anläufe im Jahr 2018 keine Entscheidung über ein Gedenkzeichen in Ravensbrück und den diesbezüglichen Widmungstext getroffen. Der Bundesvorstand erörterte diese Situation in einem Gespräch mit dem Landesvorstand des LSVD Berlin-Brandenburg. Geplant ist nun, dass der LSVD-Bundesverband den Versuch unternimmt, in einem strukturierten Dialog die unterschiedlichen wissenschaftlichen Positionen produktiv miteinander ins Gespräch zu bringen. Ziel muss sein, zügig zu einem zugewandten, inklusiven und den wissenschaftlichen Erkenntnisstand reflektierenden Gedenken zu kommen.

## MEDIENPOLITIK

Jenny Renner bringt die Interessen von LSBTI im ZDF-Fernsehrat ein; sie wurde zudem vom ZDF-Fernsehrat in den Beirat von ARTE Deutschland entsandt. Klaus Jetz vertritt den LSVD seit 1. Januar 2019 im Hörfunkrat des Deutschlandfunks.



Foto: Caro Kadatz /LSVD

Klaus Jetz, LSVD-Geschäftsführer

## MEDIEN – „DIE SALONFÄHIGEN“ UND „VOLL IM BILD“

Migrant\*innen mit Kopftuch, Menschen, die an Rollstühle „gefesselt“ sind und Artikel über „Geschlechtsumwandlungen“ und „Schwulenparaden“. Allesamt so klischeehaft wie alltäglich sind die Berichte über sogenannte „Randgruppen“. Aber wie sind sie im Tagesgeschäft zu vermeiden? Dieser Frage gingen der LSVD, die Leidmedien und die Neuen Deutschen Medienmacher\*innen in der gemeinsamen Veranstaltungsreihe „Die Salonfähigen“ in Berlin nach. Zusammen mit der Bundesvereinigung Trans\* (BVT\*) gestalteten wir dabei den Abend über Transgeschlechtlichkeit und Homo- bzw. Bisexualität. Zum Abschluss ihrer gemeinsamen Veranstaltungsreihe „Die Salonfähigen“ diskutierten Judyta Smykowski (Leidmedien), Konstantina Vassiliou-Enz (Neue Deutsche Medienmacher\*innen) und Markus Ulrich (LSVD) mit Katrin Gottschalk, stellvertretende Chefredakteurin der taz, über Sprache und Bilder in den Medien und wie es besser werden kann.

Foto: Anna Spindelhauer

Diese sehr erfolgreiche Zusammenarbeit wurde im Dezember 2018 mit dem eintägigen Workshop „Voll im Bild!“ fortgesetzt. Mit 40 Fotograf\*innen, Bildredakteur\*innen, Models und Expert\*innen haben wir in Berlin über Fotojournalismus und Bilder von Menschen mit Migrationsgeschichte, mit Behinderung und aus der LSBTI-Community gesprochen. Wir haben an Lösungen gearbeitet und erste Foto-Shootings gemacht. Die Veranstaltung wurde vom Bundesinnenministerium und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert. Neben der Dokumentation des Workshops erschien im März 2019 auch ein gemeinsamer Flyer mit einer „Checkliste für diskriminierungsarme Bildberichterstattung“.

Foto: Anni Weiland



Markus Ulrich, LSVD-Pressesprecher beim Workshop „Voll im Bild“

## 1.4 FÜR EINE GUTE ZUKUNFT

### FESTAKT AM DENKMAL FÜR DIE IM NATIONALSOZIALISMUS VERFOLGTEN HOMOSEXUELLEN

Anlässlich des 10. Jahrestages des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen besuchte am 3. Juni 2018 mit Frank-Walter Steinmeier auf Einladung des LSVD, der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld erstmals ein Bundespräsident den Gedenkort und überhaupt eine LSBTI-Veranstaltung. In seiner vielbeachteten Rede bat der Bundespräsident ausdrücklich „um Vergebung – für all das geschehene Leid und Unrecht, und für das lange Schweigen, das darauf folgte.“ Für den LSVD dankte Günter Dworek dem Bundespräsidenten dafür und betonte in seiner Rede: „Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus führt uns vor Augen, was geschehen kann, wenn Hass und Hetze eine Gesellschaft vergiften, wenn eine Mehrheit gleichgültig wird gegenüber dem Leben Anderer. Es gibt kein Ende der Geschichte. Um Freiheit, Gleichheit und Respekt muss täglich neu gerungen werden.“

Weitere Redner\*innen waren der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, und Gulya Sultanova, LSBTI-Aktivistin aus St. Petersburg, die eindringlich heutige Menschenrechtsverletzungen und den Kampf dagegen schilderte.

Anlässlich des zehnten Jahrestages der Übergabe des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen an die Öffentlichkeit luden die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden



Fotos: Stiftung Denkmal / Adariko Pliske

*Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller*

Europas, der LSVD sowie die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld am Abend des 28. Juni in das ehemalige Stummfilmkino Delphi in Berlin-Weißensee zu einer Lesung ein.

Auch in seinem elften Jahr war das Denkmal vielfach Ort von Anteilnahme und Gedenken. So sprach für den LSVD Axel Hochrein dort im September 2018 auf einer Gedenkveranstaltung für die verfolgten und ermordeten Lesben in der NS-Diktatur und betonte: „Unrecht kennt kein Geschlecht. Leid kennt kein Geschlecht.“

### PREMIERE IM BUNDESKANZLERINNENAMT

Am 25. Oktober 2018 empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel erstmals eine Delegation des LSVD. Themen des Gesprächs waren vor allem die Situation von Regenbogenfamilien (insbesondere das Abstammungsrecht), die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz, ein Maßnahmenprogramm gegen Homophobie und Transfeindlichkeit und dabei insbesondere der Kampf gegen Hasskriminalität. Von Seiten des LSVD nahmen Günter Dworek, Henny Engels, Axel Hochrein, Gabriela Lünsmann, Helmut Metzner und Markus Ulrich teil. In dem 1½-stündigen intensiven Austausch zeigte sich die Bundeskanzlerin gegenüber vielen Argumenten des LSVD offen und stellte in Aussicht, einige der Themen an die zuständigen Minister\*innen in ihrem Kabinett heranzutragen.



Foto: Kanzleramt

*LSVD bei Kanzlerin Angela Merkel*

## 2. Internationales



Uta Schwenke (2.v.l.) und Sonja Schelper (3.v.r.) mit dem Team der Coalition of African Lesbians

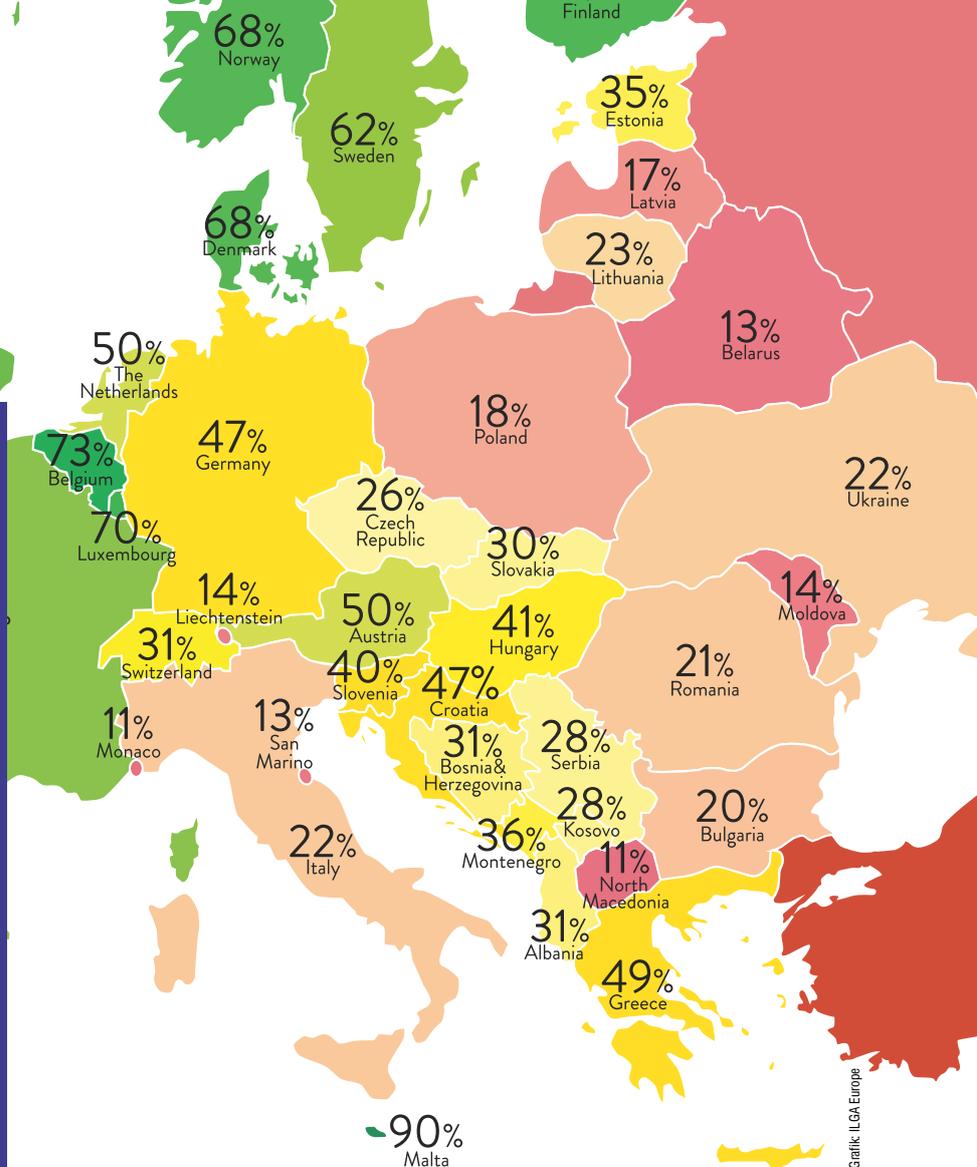
### ERFOLGREICHER ABSCHLUSS VON MASAKHANE

Masakhane ist das größte jemals vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte Projekt im Bereich LSBTI-Menschenrechte. Initiiert vom LSVD und umgesetzt von der Coalition of African Lesbians (CAL) als Projektpartnerin vor Ort und dem LSVD und filia. die frauenstiftung von deutscher Seite lief das Projekt zur Stärkung von Lesben, Bi und Trans\* im südlichen Afrika von 2014 bis 2017. Im Juni 2018 wurde das Projekt mit dem Verwendungsnachweis gegenüber dem BMZ erfolgreich abgeschlossen.

Zudem konnten wir das BMZ überzeugen, Masakhane in einer neuen Phase weiterzuführen – mit dem LSVD als Träger und filia als Verantwortlicher für die Bereitstellung der Eigenmittel und die Umsetzung.

## TSCHETSCHENIEN

Auch in den letzten Monaten haben uns die menschenverachtenden Vorgänge in Tschetschenien beschäftigt. Nachdem wegen der Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien bei einem OSZE-Treffen der Wiener Mechanismus eingeleitet worden war, haben wir im Herbst 2018 die Bundesregierung gebeten, Russland zu drängen, konkrete Fragen zu den Verfolgungshandlungen gegen LSBTI in der Teilrepublik Tschetschenien endlich zu beantworten. Andernfalls sollte sie die Einleitung des Moskauer Mechanismus unterstützen, der die Entsendung einer Erkundungsmission und die Erstellung eines detaillierten Berichtes vorsieht. Dieser Bitte ist die Bundesregierung nachgekommen. Der Bericht über die Grausamkeiten, Menschenrechtsverletzungen und Morde liegt nunmehr vor, doch Russland ignoriert die darin formulierten Empfehlungen. Zudem hat in Tschetschenien seit Ende 2018 eine erneute Verhaftungs- und Verfolgungswelle gegen LSBTI begonnen. Wir haben auf Bitten unserer Kolleg\*innen in Russland das Auswärtige Amt aufgefordert, Visa auszustellen und die Einreisebehörden über die Verfolgungssituation in Tschetschenien zu informieren, da die Möglichkeit besteht, dass einige Verfolgte versuchen werden, ohne Visum einzureisen. Zudem baten wir das Auswärtige Amt, gemeinsam mit der Equal Rights Coalition und multilateralen Organisationen wie UN-Menschenrechtsrat, UN-Sicherheitsrat, OSZE u.a., das Thema Tschetschenien auf die Tagesordnung zu setzen und Russland aufzufordern, dafür zu sorgen, dass die Menschenrechtsverletzungen an LSBTI unverzüglich aufhören, dass die im Bericht des OSZE-Berichterstatters Benedek formulierten Empfehlungen umgehend umgesetzt und die Schuldigen angeklagt und bestraft werden.



## 3.2 NETZWERKE

### ILGA

Der LSVD arbeitet regelmäßig im Europa-Netzwerk des Dachverbandes mit, das sich jährlich trifft. Auch im vergangenen Jahr lieferte der LSVD Informationen zur rechtlichen und sozialen Situation von LSBTI in Deutschland an seinen europäischen Dachverband. Sie fanden wieder Eingang in ILGA's Jahresbericht „Rainbow Europe“ zur Situation von LSBTI in den europäischen Ländern, die jährlich aktualisiert und neu aufgelegt wird.

## AMSTERDAM NETZWERK

Vom 12. bis 14. November 2018 fand in Berlin das NGO-Netzwerk-Treffen statt, bei dem 14 Organisationen aus Europa und Nordamerika vertreten waren. Sarah Kohrt und Klaus Jetz hatten das Amsterdam Netzwerk im letzten Jahr nach Berlin eingeladen.

Inhalte waren der Informationsaustausch und Kooperationsmöglichkeiten über die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte, das LSBTI-Inklusionskonzept der Bundesregierung für die Auswärtige Politik und EZ, die Reaktionen auf Notfallsituationen wie etwa die Ereignisse in Tschetschenien, Nicaragua, Indonesien, Tansania, Ägypten oder Kasachstan, die weitere Ausgestaltung der Equal Rights Coalition und die Rolle der Zivilgesellschaft oder unsere Arbeit im Hinblick auf die UN-Nachhaltigkeitsziele.



Foto: Auswärtiges Amt

### *Amsterdam Netzwerk im Auswärtigen Amt*

Darüber hinaus fand im Auswärtigen Amt ein Treffen mit Staatsminister Michael Roth, MdB, statt. Zudem wurde im Hauptstadtbüro ein Empfang für das Amsterdam Netzwerk und interessierte Vertreter\*innen von EZ- und Menschenrechtsorganisationen sowie der Berliner LSBTI-Community organisiert.

## DEUTSCH-FRANZÖSISCHES JUGENDWERK

Im Februar haben das Deutsch-Französische Jugendwerk und das Regional Youth Cooperation Office in Tirana uns Mittel für einen Austausch für jeweils acht LSBTI-Jugendliche aus Deutschland, Frankreich und dem Westbalkan bewilligt. Kooperationspartner sind das regionale Netzwerk LGBTI Equal Rights Association ERA aus Belgrad und das französische LSBTI-Jugendnetzwerk Mouvement d’Affirmation des Jeunes lesbiennes, Gais, Bi et Trans (MAG-Jeunes) aus Paris.

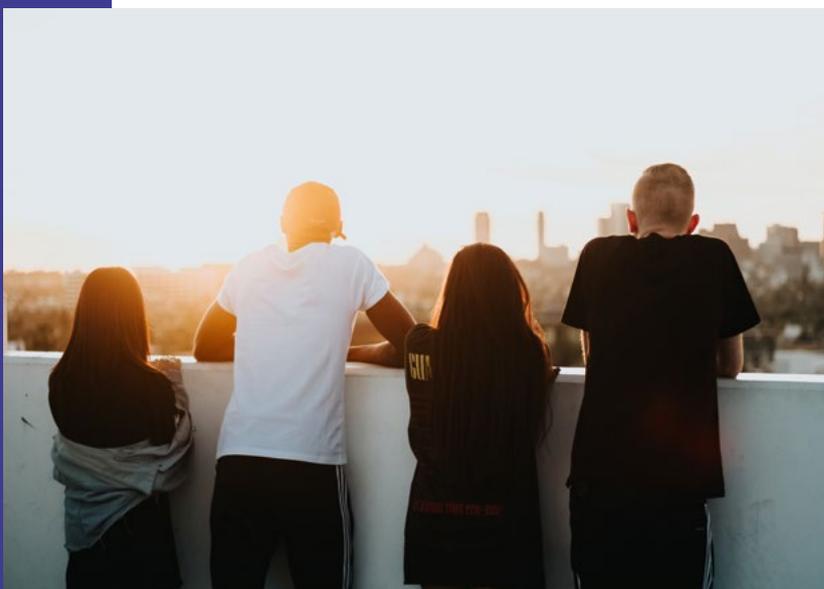


Foto: Devin Avery on Unsplash

## 2.4 HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

Dank einer finanziellen Förderung der Dreilinden gGmbH gibt es das Projekt LGBTI-Plattform Menschenrechte der Hirschfeld-Eddy-Stiftung mit 30 Wochenstunden. Es wird von Sarah Kohrt geleitet. Zentral ist das zivilgesellschaftliche Bündnis „Yogyakarta-Allianz“, das sich regelmäßig in Berlin trifft. Das von der Plattform formulierte 13-Punkte-Papier ist Grundlage für das LSBTI-Inklusionskonzept, das AA und BMZ zur Zeit erarbeiten.

### PROJEKTE

Das Auswärtige Amt bewilligte uns im September 2018 ein Nothilfe-Projekt zur „Stärkung der Handlungsfähigkeit des nationalen LSBTI-Netzwerkes zur Unterstützung von LSBTI-Diskriminierungsopfern in Nicaragua“. Dieses wurde mit unserer Partnerorganisation „Red de Desarrollo Sostenible“ bis Ende 2018 durchgeführt.

Im Frühjahr 2018 bewilligte die Bundesregierung eine „LSBTI-Konferenz“ in Skopje, Mazedonien und Schulungsmaßnahmen für LSBTI-Organisationen im Westbalkan und der Türkei. Die Kooperation mit ERA wird auch in 2019 fortgesetzt.

Ein Antrag an das Auswärtige Amt zur Fortführung unserer Kooperation mit der tunesischen Organisation Mawjoudin ist im Sommer 2018 überjährig bewilligt worden. Nach dem 1. Queer Filmfestival, das im Januar 2018 stattfand und mit bis zu 400 Besucher\*innen ein Riesenerfolg war, fand im März 2019 erneut ein Queer Filmfestival in Tunis statt.



Foto: Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Zusammenarbeit mit dem ERA Netzwerk



Foto: Selma Agrabi

Guido Schäfer (Hirschfeld-Eddy-Stiftung) beim 1. Queer Filmfestival Tunis

## 3. Mitarbeit in Netzwerken

Der LSVD ist Mitglied im Forum Menschenrechte, im No-Hate-Speech-Movement und im Forum gegen Rassismus. Er hat einen Sitz im Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld und des Deutschen Instituts für Menschenrechte sowie im Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Zudem ist er aktiv im Bündnis Solidarität mit den Sinti und Roma Europas.